Niederschrift

über die 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Dienstag, den 24.05.2022, um 17:02 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Jörg Weber

Ausschussmitglieder

Jörg Becker
Ursula Brand
Christiane Frankenbach
Sibylle Lorenz
Toni Müller
Petra Pfeiffer
Nahed Stark
Dr. Gisela Szagun
Antje von der Mühlen

Gesetzlich vorgeschriebene beratende Mitglieder

Jörn Ferner
Johannes Mans

Beratende Mitglieder

Petra Ebbinghaus
Sandra Pahl
Christian Schoppe
Marie-Christine Schröder

Vertreter

Beate Bötte	Vertreterin von Herrn Reiner Holl
Rolf Schäfer	Vertreter von Herrn Werner Grimm

von der Verwaltung

Sarah Behr
Miriam Bönisch
Natalie Enneper
Jürgen Funke
Keith Gehling
Jochen Pries
Wolfgang Scholl
Flora Treiber
Simon Woywod

Schriftführerin

Vanessa Jager

es fehlt:

Ausschussmitglieder
Werner Grimm
Reiner Holl
Heike Löhr-Wigge
Andrea Nick
Susann Windholz

Beratende Mitglieder
Heike Alberts
Monika Bisterfeld
Reiner Klausing
Stephan Krieger

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1.	Jugendamt 2022 - Präsentation zur Arbeit und Zukunft des Jugendamtes Radevormwald	IV/0130/2022
2.	Einrichtung eines Jugendparlaments (Beschluss des Rates der Stadt 05.04.2022)	AN/0094/2022/1
3.	Neuausschreibung der Mittagsverpflegung für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Radevormwald für die Schuljahre 2023-2024 bis 2025-2026 sowie für die Kinder der beiden städtischen Kindertagesstätten „Sprungbrett“ und „Wupper“ für die Kindergartenjahre 2023-2024 bis 2025-2026 (plus Option der Verlängerung um ein Jahr)	BV/0280/2022
4.	Neubau KiTa Wupper und Bestandsumbau für den GVB Bergerhof/Wupper, Standort Wupper	BV/0281/2022
5.	Mitteilungen und Fragen	

Herr Dr. Weber begrüßt die Ausschussmitglieder, den Bürgermeister und den Kämmerer sowie die MitarbeiterInnen des Jugendamtes, die an der heutigen Sitzung teilnehmen. Nachdem er nach § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit festgestellt hat, eröffnet er um 17:02 Uhr die Sitzung.

Auf die Abfrage der Befangenheit zu einzelnen Tagesordnungspunkten erklärt sich kein Mitglied für befangen. Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

(Öffentlicher Teil)

1. Jugendamt 2022 - Präsentation zur Arbeit und Zukunft des Jugendamtes Radevormwald **IV/0130/2022**

Der Bürgermeister, Herr Mans, begrüßt alle Anwesenden und erklärt, dass das Ziel der heutigen Präsentation in der transparenten Darstellung der Arbeit des Jugendamtes liegt. Herr Ferner als Jugendamtsleiter sollte hierzu ein Konzept mit eigenen Ideen entwickeln, das sowohl die Strukturen wie auch das Leistungsspektrum des Jugendamtes abbilden soll. Er übergibt nun an Herrn Ferner, der die Neuausrichtung des Jugendamtes gemeinsam mit seinen fachlichen Leitungen Frau Bönisch (Leitung „Verwaltung“, Frau Behr (Leitung „Jugendförderung“) und Herrn Gehling (Leitung „Pädagogischer Dienst“) vorstellen wird.

Herr Ferner begrüßt zunächst ebenfalls die Anwesenden. In 2021 hat er den Auftrag erhalten, ein entsprechendes Konzept für das Jugendamt zu erstellen. Dieses wird neben dem heutigen Vortrag der Niederschrift beigefügt. Mit der heutigen Präsentation soll ein erster Einblick in die verschiedenen Arbeitsbereiche und die Strukturen im Jugendamt gegeben werden.

Nach einem Einspielfilm führt Herr Ferner aus, dass zumeist akute Kindeswohlgefährdungen in den Nachrichten präsent sind und mit dem Jugendamt in Verbindung gebracht werden. Obwohl dies nur ein Bruchteil der Aufgaben darstellt, mit denen sich das Jugendamt beschäftigt, wird durch solche Geschehnisse dessen Image entscheidend geprägt. Ein großer Unterschied zu anderen Behörden besteht darin, dass es bei der Kinder- und Jugendhilfe um soziale Dienstleistungen geht, die selten bis gar nicht nach einem vorgegebenen Schema bearbeitet werden können. Eine weitere Besonderheit besteht darin, dass das Jugendamt aus der Verwaltung und dem Jugendhilfeausschuss besteht. Während letzteres über Grundsatzangelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe entscheidet, beschäftigt sich die Verwaltung mit den konkreten Bedarfen der Familien. Die Organisation des Jugendamtes gliedert sich in drei Teams: Pädagogik, Verwaltung und Jugendförderung. Zwecks Vorstellung des Punktes „Pädagogik“ übergibt Herr Ferner an den zuständigen Kollegen, Herrn Gehling.

Herr Gehling informiert den Ausschuss über die verschiedenen Teilgebiete des pädagogischen Bereiches. Hier gibt es zum einen die Arbeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes. Dort werden die Familien, Eltern und Kinder im Bedarfsfall unterstützt und beraten (z. B. Trennungs- und Scheidungsberatungen sowie Beratungen zum Umgangsrecht). Hemmnisse zur Inanspruchnahme dieser Hilfe seitens der Familien sind anfangs oft bemerkbar, können aber rasch ausgeräumt werden. Im Bereich „Hilfe zur Erziehung“ wird zwischen ambulanten und stationären Hilfen unterschieden. Die Zielsetzung bei den stationären Hilfen ist immer die Rückführung der Kinder in den elterlichen Haushalt. Ein weiteres Gebiet ist die Eingliederungshilfe. Hier wird Kindern und Jugendlichen mit (drohender) seelischer Behinderung notwendige Hilfe gewährt. Als bekanntes Beispiel ist die

Integrationshilfe zu benennen. Der Pflegekinderdienst kümmert sich um Pflegefamilien und Bereitschaftspflegefamilien. Die Kollegin prüft hierbei die Eignung von Pflegefamilien und steht diesen während des gesamten Prozesses zur Seite.

Weitere Bereiche sind die „Frühen Hilfen“ und die Schulsozialarbeit, die in den Grundschulen und weiterführenden Schulen eingesetzt wird. Ein enger Austausch mit den Sozialarbeitern aus dem Jugendamt ist hierbei wichtig. Außerdem gehört zum pädagogischen Bereich noch die Jugendgerichtshilfe. Hier ist das Jugendamt sowohl vor, während wie auch nach einer Gerichtsverhandlung involviert. Zuletzt führt Herr Gehling noch den Bereich der Vormundschaften bzw. Ergänzungspflegschaften an. Die dortige Fachkraft handelt hierbei ohne Einwirkung des Jugendamtes und ist nur dem Mündel verpflichtet. Eingesetzt wird diese durch das Gericht.

Herr Ferner bedankt sich bei Herrn Gehling für dessen Ausführungen und betont, wie wichtig die Arbeit der Kollegen aus dem pädagogischen Bereich ist. Dort wird man zumeist mit hochsensiblen Fällen konfrontiert. Alle dortigen MitarbeiterInnen haben den höchsten Respekt für ihre Arbeit verdient. Als nächstes übergibt Herr Ferner das Wort an Frau Bönisch, die den Bereich der Verwaltung vorstellen wird.

Frau Bönisch führt ein, dass das Team Verwaltung allen Kindern vor Geburt bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres zur Seite steht. Vor der Geburt können bereits Urkunden zur Vaterschaftsanerkennung sowie Urkunden über das gemeinsame Sorgerecht aufgenommen werden. Nach der Geburt kann bei getrennt lebenden Eltern im Rahmen einer Beistandschaft neben der Vaterschaftsfeststellung auch der Unterhalt berechnet und fest- bzw. durchgesetzt werden. Sollte der familienferne Elternteil keine Unterhaltszahlungen leisten, besteht die Möglichkeit zur Beantragung von Unterhaltsvorschussleistungen; dies ist der 2. Bereich der Verwaltung. Hier wird neben der Zahlung des Unterhaltsvorschusses in der Heranziehung versucht, den anderen Elternteil mit verschiedensten Mitteln zur Zahlung des Unterhalts zu bewegen. Als letzter Bereich ist die „Wirtschaftliche Jugendhilfe“ anzuführen. Hier werden die verwaltungsrechtlichen Vorgänge abgewickelt, die für die Gewährung ambulanter und stationärer Jugendhilfe notwendig sind. Während die ambulanten Hilfen kostenfrei sind, versucht man im Rahmen der stationären Hilfegewährung einen Teil der Kosten von den Eltern wiederzubekommen. In der Regel wird hierbei zumindest das Kindergeld eingezogen.

Auch junge Volljährige zwischen 18 und 21 Jahren haben Anspruch auf Beratung und Unterstützung sowohl im Bereich der Unterhaltsberechnung als auch, falls notwendig, durch Weitergewährung von Jugendhilfeleistungen.

Die Zielsetzungen für die Zukunft liegen in der Digitalisierung bzw. Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen sowie einer besseren Nutzung der eingesetzten Software. Zudem ist geplant, die Papier-Akte sukzessive durch die elektronische Akte zu ersetzen. Die BürgerInnen sollen zukünftig möglichst viel online erledigen können, wie z.B. zeitnah die Antragstellung auf Einrichtung einer Beistandschaft. Aktuell erfolgt der Schriftverkehr mit den Gerichten bereits ausschließlich elektronisch.

Herr Ferner bedankt sich bei Frau Bönisch. Er betont, dass im Hinblick auf die zum Teil sehr hohen Kosten im Bereich der Jugendhilfe immer das Bestreben gilt, ambulante vor stationäre Hilfen einzusetzen. Der Verbleib im Elternhaus bzw. die Rückführung ist primäres Ziel der Arbeit im Jugendamt. Er leitet nun zu Frau Behr über, die die Arbeit der Jugendförderung vorstellen wird.

Frau Behr berichtet, dass der Bereich der Jugendförderung sehr breit gefächert ist. Alle Aufgaben werden bedarfsgerecht angepasst und besitzen untereinander Berührungspunkte.

Hierzu gehört der Ferienspaß, der sich seit Jahren großer Beliebtheit erfreut und ein Aushängeschild der Stadt ist. In diesem Jahr startet bereits der 43. Ferienspaß mit knapp 110 Angeboten. Ein weiterer Zweig ist die Jugendarbeit, bestehend aus den beiden Jugendtreffs (Jugendräume und Jugendtreff Life). Hier gibt es neben Spiel und Spaß auch die Möglichkeit zur Inanspruchnahme von Berufsberatung. Es gibt auch geschlechterspezifische Angebote, wie den Mädchentag. In beiden Jugendtreffs sind bauliche und gestalterische Veränderungen geplant, an denen sich zum Teil auch die Jugendlichen beteiligen können.

Ein aktuelles Projekt in den Jugendräumen beschäftigt sich derzeit mit dem Thema „Demokratie und Wertevermittlung“. In dem Projekt, welches vom LVR gefördert wird, kann man mit VR-Brillen durch die Geschichte reisen. Aufgrund des derzeitigen Ukraine-Krieges haben die Mitarbeiter neben der Unterstützung des Sozialamtes auch eigene Projekte, wie das Packen von Schultaschen ins Leben gerufen. In der Jugendverbandsarbeit werden die ansässigen Jugendvereine und -verbände unterstützt und beraten sowie deren Vernetzung untereinander reaktiviert. Zudem besteht eine enge Kooperation mit den Schulen. Hier sind beispielhaft Selbstbehauptungskurse, Nachhilfe sowie Schreibwettbewerbe aufzuführen. Zuletzt gibt es noch den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz. Neben den präventiven Angeboten müssen auch Schutzkonzepte erstellt werden. Ein weiterer wichtiger Teil der Arbeit besteht aus der Akquirierung von Förder- und Spendengeldern. Abschließend weist Frau Behr auf das baldige Erscheinen des Ferienspaßheftes sowie die Revival-Party in den Jugendräumen hin.

Herr Ferner dankt auch Frau Behr für die Präsentation und macht deutlich, dass der Bereich „Jugendförderung“ der kreativste Bereich ist. Weiter gibt er an, dass der Ferienspaß und dessen Angebot zum Großteil von Sponsoren und den jeweiligen Anbietern abhängig sind.

Herr Ferner stellt heraus, dass die drei Säulen Verwaltung, Pädagogischer Dienst und Jugendförderung auch langfristig so beibehalten werden sollten, um in allen Bereichen bestmögliche Arbeit leisten zu können. Die Aufgaben sind zu vielschichtig, als dass diese nur von einer einzelnen Person ausgeführt werden könnten. Als Leiter sieht er für sich insgesamt drei große Hauptaufgaben: Die Führung und Entwicklung des vorhandenen Personals, die Netzwerkarbeit und deren Ausbau sowie die Brücke zwischen Politik und dem Ausschuss. Herr Ferner bevorzugt den kooperativen Führungsstil mit einer hohen Wertschätzung gegenüber den MitarbeiterInnen. Aufgrund der sich immer neu ergebenden rechtlichen Anforderungen ist es unerlässlich das vorhandene Personal kontinuierlich fortzubilden. Dies dient insbesondere der Sicherung der Arbeitsqualität und der Standards. Die Netzwerkarbeit ist ein weiterer wichtiger Aspekt. Nur durch deren Ausbau und Pflege ist eine qualitativ gute Arbeit des Jugendamtes überhaupt möglich. Zudem ist es wichtig, den Jugendhilfeausschuss bei allen wichtigen Entscheidungen mitzunehmen. Eine gute und vertrauensvolle Arbeit ist hierbei maßgeblich, um den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen zu entsprechen.

Als positive Visionen benennt Herr Ferner die Gesetzesänderungen, durch die die Rechte der Kinder und Jugendlichen gestärkt werden, sowie die Einrichtung des Jugendparlaments. Weiter ist der Umbau des Jugendtreffs Life ein großes Projekt für die Zukunft. Der Standort soll auch ohne zukünftige Förderung auf dem hohen Level gehalten werden. Herr Ferner hebt hervor, dass nur mithilfe des Jugendhilfeausschusses die beiden Jugendtreffs in Radevormwald seinerzeit eingerichtet werden konnten. Ein weiterer Punkt ist das sogenannte „Wohnzimmer“ in der Nordstraße. In dem zentral gelegenen Neubau sollen das komplette Jugendamt und das Amt für Schule, Kultur und Sport gemeinsam untergebracht werden. Zu guter Letzt soll der seit Jahren im Gespräch befindliche Jugendbegegnungsplatz nunmehr im Neubaugebiet „Am Kreuz“ eingerichtet werden. Gemeinsam mit dem auch dort geplanten Bildungshaus gibt es eine einmalige Gelegenheit für die Jugendlichen in

Radevormwald. Abschließend greift Herr Ferner eine vergangene Äußerung von Herrn Schoppe auf und betont, dass im Mittelpunkt von allen Entscheidungen und Vorhaben immer die Familien und Kinder stehen sollen. Es soll eine liebens- und lebenswerte Stadt geboten werden, in der man behütet aufwachsen kann und gefördert und begleitet wird.

Herr Ferner bittet zum Schluss die MitarbeiterInnen des Jugendamtes in die Mitte des Ausschusses und beendet mit dem Bild eines Miteinanders von Politik und Verwaltung die Präsentation. Er bedankt sich bei allen Anwesenden und insbesondere bei seinen fachlichen Leitungen.

Herr Dr. Weber spricht seinen Dank für die sehr gut ausgearbeitete Präsentation aus.

Frau Ebbinghaus bedankt sich ebenfalls und sieht der Zukunft und Entwicklung des Jugendamtes positiv entgegen. Insbesondere die Errichtung des Jugendfreizeitplatzes „Am Kreuz“ wird freudig erwartet. Frau Ebbinghaus bittet noch darum, dass der Niederschrift die Altersstrukturen der Besucher der beiden Jugendtreffs beigefügt werden, sofern diese bekannt sind.

(Anmerkung der Verwaltung: Die gewünschten Zahlen sind im beigefügten Konzept enthalten.)

2. Einrichtung eines Jugendparlaments (Beschluss des Rates der Stadt 05.04.2022) AN/0094/2022/1

Herr Ferner teilt mit, dass am 17.05.2022 ein erstes Gespräch mit Initiatoren des SPD-Antrags sowie Schülern des THG stattgefunden hat. Bei diesem Termin hat zunächst ein Austausch über die jeweiligen Vorstellungen stattgefunden. Anschließend wurde ein Folgetermin für den 08.06.2022 (17.00 Uhr im Jugendamt, Kaiserstr. 140) vereinbart, an dem seitens der Verwaltung ein erster Satzungsentwurf vorgelegt werden soll. Herr Ferner lädt hierzu auch die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ein, um hieran mitzuwirken. Am besten melden sich die Mitglieder, die an dem Termin teilnehmen möchten, vorher telefonisch an. In der September-Sitzung des Jugendhilfeausschusses soll dann der Satzungsentwurf vorgestellt und vorberaten werden, damit dieser eine Woche später vom Rat beschlossen werden kann.

Herr Schäfer erklärt im Namen seiner Fraktion, dass dieses Vorhaben größte Unterstützung erhält. Er betont, wie wichtig die Einbindung der Jugendlichen in die politischen Prozesse ist, macht aber gleichzeitig deutlich, dass die eingefahrenen, parlamentarischen Strukturen überdacht werden sollten. Die Rahmenbedingungen sollten so geschaffen werden, dass ein gutes und produktives Arbeiten möglich ist. Weiter ist es wichtig den Jugendlichen auf Augenhöhe zu begegnen. Respekt ist wichtig, damit diese Spaß daran entwickeln und mit der notwendigen Motivation die gesetzten Ziele erreichen können. Er geht davon aus, dass die Verwaltung dem Gremium nicht nur mit Rat und Tat zur Seite stehen wird, sondern diese auch finanziell unterstützt.

Frau Pfeiffer gibt zu bedenken, dass der geplante Zeitrahmen zwischen dem Jugendhilfeausschuss und dem Rat zu knapp bemessen ist. Es sollte daher über eine Vorverlegung des Jugendhilfeausschusses oder eine Sondersitzung nachgedacht werden.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Weber erklärt Herr Ferner, dass bei der Einrichtung des Jugendparlaments alle SchülerInnen in und aus Radevormwald miteinbezogen werden

sollen.

3.	**Neuausschreibung der Mittagsverpflegung für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Radevormwald für die Schuljahre 2023-2024 bis 2025-2026 sowie für die Kinder der beiden städtischen Kindertagesstätten „Sprungbrett“ und „Wupper“ für die Kindergartenjahre 2023-2024 bis 2025-2026 (plus Option der Verlängerung um ein Jahr)**	**BV/0280/2022**

Herr Woywod hebt zunächst die Bedeutung dieser Ausschreibung hervor und macht deutlich, wie wichtig neben guten Räumlichkeiten auch eine hochwertige Essensversorgung ist. Die Begleitung des gesamten Ausschreibungsprozesses erfolgt durch KoPart, die schon viele andere Kommunen in diesem Bereich unterstützt hat und damit über viele Erfahrungswerte verfügt.

Herr Funke erläutert die Vorlage. Im vorliegenden Fall ist eine europaweite Ausschreibung notwendig. Zur Unterstützung hat man die kommunale Genossenschaft KoPart ausgewählt, die sowohl im Bereich Vergaberecht wie auch im Bereich der Ernährungswissenschaften über das notwendige Know-how verfügen. Ebenso will man sich auch mit anderen Kommunen, wie z.B. Wipperfürth und Wiehl, in Verbindung setzen und austauschen. Bis zum Spätherbst soll die Erstellung eines entsprechenden Leistungsverzeichnisses erfolgen. Die europaweite Ausschreibung selbst wird dann voraussichtlich ein halbes Jahr dauern. Bei den Kitas sowie bei der Sekundarschule muss bzw. möchte man auch die entsprechenden Elterngremien beteiligen.

Auf Nachfrage von Frau Ebbinghaus erklärt Herr Funke, dass noch nicht entschieden wurde, ob eine Warmanlieferung vorausgesetzt wird. Dies ist noch in der Klärung mit KoPart.

Frau Dr. Szagun möchte wissen, ob es bereits festgelegte Anteile von biologischen Lebensmitteln und gesunder Ernährung bei den Mittagessen gibt. Zudem bittet sie um kurze Erläuterung, was unter gesunder Ernährung zu verstehen ist.

Hierzu führt Herr Funke aus, dass auch dies im Ergebnis offen sei und in einer anschließenden Bewertungsmatrix erfasst und bewertet werden soll. In der aktuellen Ausschreibung liegt der Anteil von biologischer Ernährung bei 35 %. Der Begriff „gesunde Ernährung“ kann u.a. zuckerarme Ernährung umfassen.

Auf Nachfrage von Herrn Müller, ob der beschriebene Preisunterschied von 80 Cent pro Essen zwischen den Kindertagesstätten und der Sekundarschule realistisch sei, gibt Herr Funke an, dass dies aktuell der Fall ist. Dies liegt zum einen an den unterschiedlichen Portionsgrößen sowie an der jeweiligen Kalkulation der beiden Unternehmer.

Herr Schoppe möchte wissen, ob sich auch mit freien Trägern in Verbindung gesetzt wurde, um ein Interesse an einer Beteiligung an der Ausschreibung abzufragen. Hierdurch könnten aufgrund der höheren Abnahmemenge noch günstigere Konditionen erzielt werden.

Herr Funke verneint dies. Es wurde sich aber erkundigt, wie dort die Essensversorgung geregelt ist. Aufgrund formeller und rechtlicher Unterschiede bzw. Vorgaben wäre eine

solche Zusammenarbeit wahrscheinlich zu kompliziert. Die Idee ist gut, dürfte aber in der Umsetzung schwierig sein.

Herr Schoppe wirft ein, dass es aber doch vermutlich kein grundsätzliches Verbot für eine Beteiligung eines freien Trägers an der städtischen Ausschreibung gibt. Hier sollte immer ein Möglichmachen im Vordergrund stehen und entsprechend geprüft werden.

Herr Funke stimmt den Ausführungen zu und teilt mit, diese Idee bei KoPart anzubringen.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht, sodass Herr Dr. Weber über die Vorlage abstimmen lässt.

Beschluss:
Die Verwaltung wird beauftragt, eine Ausschreibung der Mittagsverpflegung für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Radevormwald für die Schuljahre 2023-2024 bis 2025-2026 sowie für die Kinder der beiden städtischen Kindertagesstätten „Sprungbrett“ und „Wupper“ für die Kindergartenjahre 2023-2024 bis 2025-2026 (plus Option der Verlängerung um ein Jahr) nach den geltenden vergaberechtlichen Grundlagen durchzuführen und anschließend den Auftrag entsprechend dem Ergebnis der Ausschreibung zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Neubau KiTa Wupper und Bestandsumbau für den GVB Bergerhof/Wupper, Standort Wupper — BV/0281/2022

Herr Woywod macht deutlich, wie wichtig eine moderne Bildungs- und Schullandschaft ist. Durch entsprechende Fördermittel sind vom städtischen Haushalt nur ein Teil der Gesamtkosten zu tragen. Der von der Verwaltung favorisierte Vorschlag ist in jedem Fall das zukunftsfähigere Modell.

Frau Enneper (technische Leitung der Gebäudewirtschaft) erläutert die Vorlage und stellt die Planungen vor. Oberstes Ziel bei der Planung ist es, die „Flickenschusterei“ der Vergangenheit zu vermeiden. Die Aspekte Ökonomie und Ökologie müssen hierbei stärker in den Fokus rücken. Außerdem müssen die NutzerInnen mehr in die Planungsprozesse eingebunden werden. Die der Vorlage beiliegende Gegenüberstellung der beiden Möglichkeiten zeigt deutlich, dass die Auswertung bei Variante 1 erhebliche Defizite aufzeigt. Hiermit würde lediglich ca. 1/7 der Gesamtplanung abgedeckt werden. Komplett fehlen würden notwendige Räume und Flächen, wie z. B. Gemeinschaftsräume, Personalräume und auch Verkehrsflächen.

Eine zukunftsorientierte Planung steht im Mittelpunkt. Diese würde durch Variante 2 erfolgen, die 100 % der bestehenden sowie auch zukünftig zu erwartenden Bedarfe abdeckt. Unter diesem Aspekt sind auch die Gesamtkosten von 5.500.000 € gegenüber 1.200.000 € zu betrachten. Der Neubau ist, südlich gelegen zur Turnhalle, in der Färberstraße angedacht. Es müssen dort zwar Flächen von knapp 700 qm versiegelt werden, allerdings besteht hier im Gegenzug dafür die Möglichkeit einer Gesamtlösung. Das Bestandsgebäude der aktuellen Kita soll dabei als OGS-Bereich genutzt werden. Der komplette Neubau soll sich grundsätzlich am derzeitigen Bestand orientieren. Es werden auch entsprechende Richtlinien

für die Außenflächenplanungen berücksichtigt. Aktuell müssten dort ca. 1.200 qm zur Verfügung gestellt werden, wobei auch weitere Bedarfe abgedeckt werden könnten. Zudem ist mindestens eine barrierearme Zuwegung gewünscht. Konkrete Planungen zum Grundriss sowie zur Ausgestaltung von Fassaden etc. liegen noch nicht vor. Hinsichtlich ökologischer Aspekte wird man prüfen, welche Möglichkeiten, wie z.B. Solar, Photovoltaik, Gründach und Regenwassernutzung, bestehen. Unter ökonomischem Gesichtspunkt weist sie darauf hin, dass aktuell bei Kita-Neubauten 90% der Investitionskosten für den Ausbau von U6-Plätzen von max. 33.000 € pro Kind gefördert werden können. Bei OGS-Plätzen wird ebenfalls von vorhandenen Fördermitteln ausgegangen.

Herr Dr. Weber bedankt sich bei Frau Enneper für die ausführliche Darstellung und lässt aufgrund fehlender Wortmeldungen über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:
Die Verwaltung wird beauftragt die Planungsleistung (Genehmigungsplanung, Ausführungsplanung, Vergabe, Bauleitung/Objektbetreuung) für den räumlichen Mehrbedarf des Kindergartens und der Grundschule im Familienzentrum Wupper gem. der städtischen Vergabeordnung auszuschreiben, zu vergeben und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Mitteilungen und Fragen

a)
Ergänzend zu TOP 1 bedanken sich Herr Ferner und Herr Mans nochmals bei allen Mitarbeitern für ihr Erscheinen und bei Herrn Jochen Pries, der die Präsentation maßgeblich gestaltet hat.

b)
Auf Nachfrage von Frau Ebbinghaus gibt Herr Funke an, dass derzeit 32 Kinder auf der Warteliste für einen Platz in einer Kindertagesstätte stehen. Für das kommende Kindergartenjahr ist die Nachfrage auch höher als das derzeit vorhandene Angebot. Herr Funke weist aber darauf hin, dass unterjährig 35 Kinder in Kindergärten oder Tagespflegestellen untergebracht werden konnten, zum Beispiel durch Wegzug von Familien. Im Vergleich mit Nachbarstädten ist Radevormwald gut aufgestellt. Er macht deutlich, dass die Tagespflegepersonen ebenfalls vorhandene Bedarfe decken und eine große Entlastung für die Kindertagesstätten bringen.

Weitere Mitteilungen und Fragen werden nicht vorgebracht.

Ende des öffentlichen Teils: 18:25 Uhr

Jörg Weber
Vorsitzender

Vanessa Jager
Schriftführer

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter